

Besonderheiten der kanadischen Gewerkschaftsbewegung

Dr. Thomas Hagelstange, geboren 1947 in Iserlohn, Studium der Soziologie in Mannheim und Berlin, war 1982/83 Austauschdozent an der Universität von Alberta in Edmonton/Kanada und ist zur Zeit Hochschulassistent an der Gesamthochschule- Universität Duisburg im Fach Soziologie.

Was die entwickelten westlichen Industrienationen angeht ist Kanadas Arbeiterschaft nach der Italiens die arbeitskampferfahrenste, gleichzeitig aber wahlpolitisch eine der konservativsten. Ein weiterer bemerkenswerter Umstand ist, daß die Hälfte aller gewerkschaftlich organisierten Kanadier Mitglieder nicht von kanadischen, sondern von sogenannten internationalen Gewerkschaften sind. Im folgenden sollen die besonderen Bedingungen der kanadischen Gewerkschaftsbewegung näher untersucht werden.¹

Natürliche, wirtschaftliche und soziale Bedingungen

Kanada ist das zweitgrößte Land der Erde. Die Distanz zwischen seinen Küsten beträgt ungefähr das Sechsfache der Entfernung Hamburg - München. Auf dieses große Land verteilt sich eine relativ geringe Bevölkerung von

¹ Der vorhergehende Aufsatz berücksichtigt ausschließlich den Zeitraum von 1945 bis heute. Informationen, bezogen auf den davorliegenden Zeitraum, finden sich in Rainer Olaf Schultzes Artikel „Kanada“, in: Siegfried Mielke (Hrsg.) Internationales Gewerkschaftshandbuch. Opladen 1983, S. 670 - 690.

25 Millionen Einwohnern. Über die Hälfte von ihnen wohnt in einem nur 250 km breiten, aber 5 500 km langen Streifen entlang der Grenze zu den USA. Das Land ist in zehn relativ autonome Provinzen und zwei zentral verwaltete Territorien gegliedert. Knapp ein Drittel der Bevölkerung lebt in der französischsprachigen, überwiegend katholischen und relativ spät modernisierten Provinz Quebec, ein weiteres gutes Drittel in der stark industrialisierten, englischsprachigen Provinz Ontario. Die Bevölkerung der übrigen Provinzen ist vorwiegend englischsprachig. Kanada war und ist auch heute noch ein Einwanderungsland. Allein nach dem zweiten Weltkrieg nahm es fünf Millionen Personen auf. Alles in allem ist Kanada also eine sprachlich, religiös und kulturell vielschichtige Gesellschaft.

Kanadas Wirtschaft machte nach 1945 eine außerordentlich prosperierende Entwicklung durch. Unter den entwickelten kapitalistischen Ländern verzeichnete sie nach der Japans die höchste Wachstumsrate des Bruttosozialprodukts. Zwischen 1948 und 1981 betrug diese im Durchschnitt jährlich 4,6 Prozent.² Schrittweise und unter Druck der Gewerkschaften wurde ein Wohlfahrtsstaat etabliert, dessen Qualität, ganz im Gegensatz zu dem der USA, „europäischen“ Standard aufweist. Die Entwicklung in Stichworten: 1941 - Arbeitslosenversicherung; 1945 - Familienbeihilfen; 1951 - allgemeine Alterspension; 1958 bis 1968 - nationale, allgemeine Krankenversicherung. Neben einigen positiven Errungenschaften im kanadischen Arbeitsleben (die Arbeitswoche lag schon 1971 bei 39 Stunden) muß aber auch auf Mißstände aufmerksam gemacht werden, so etwa auf den sehr knapp bemessenen Anspruch auf bezahlten Urlaub (zwei bis drei Wochen), die in manchen Branchen international gesehen große Zahl von tödlichen Arbeitsunfällen und die große Unzufriedenheit der Arbeitnehmer mit ihren Arbeitsplätzen, die darin zum Ausdruck kommt, daß kanadische Arbeitnehmer durchschnittlich nur dreieinhalb Jahre an ihrem Arbeitsplatz bleiben - ein negativer Weltrekord!

Infolge der günstigen wirtschaftlichen Entwicklung zählt Kanada heute zweifelsohne zu den wohlhabendsten Nationen. Trotz der inflationären Steigerung der Lebenshaltungskosten wuchsen die realen Familieneinkommen zwischen 1971 und 1981 um jährlich sechs Prozent. Dieses hohe Wachstum rührte aber teilweise daher, daß immer mehr Personen eines Haushaltes Einkommensbezieher wurden. So fand in den letzten zwei Jahrzehnten eine spektakuläre Erhöhung der Erwerbsquote statt. Anstelle der 35,5 Prozent der Bevölkerung, die 1965 ins Erwerbsleben eingegliedert waren, waren es 1984 50 Prozent.³ Die Struktur dieser Erwerbsbevölkerung entspricht der eines hochentwickelten Landes. 1984 waren nur noch neun Prozent (in der Bundesrepublik dagegen zwölf Prozent) als „Selbständige“ oder „mithelfende Familienangehörige“ (Mit-)Eigentümer der Produktionsmittel. Der große Rest von 91 Pro-

2 Eigene Berechnung nach: Bank of Canada Review, Dez. 1971 und März 1983.

3 Diese und folgende Werte sind berechnet nach: Statistics Canada, Labour Force Survey, diverse Nummern. Zur wirtschaftlichen und klassenstrukturellen Entwicklung vgl. auch Thomas Hagelstange, Die Entwicklung von Klassenstrukturen in 10 EG-Ländern, den USA und Kanada von 1960 bis 1982 vor dem Hintergrund der Marxschen Theorie, demnächst erscheinend.

zent (Bundesrepublik: 88 Prozent) waren abhängige Erwerbspersonen, die sich folgendermaßen untergliedern lassen: 56,3 Prozent (Bundesrepublik: 58,3 Prozent) Arbeitnehmer im gewinnorientierten Wirtschaftsbereich, 23,5 Prozent (Bundesrepublik: 21,5 Prozent) Arbeitnehmer des Staats oder nicht-gewinnorientierter Institutionen und 11,2 Prozent (Bundesrepublik: 8,2 Prozent) Arbeitslose.

Das große Problem der kanadischen Wirtschaft - und somit auch der Arbeiterbewegung - ist die außerordentliche Abhängigkeit von den USA. Dies zeigt sich sinnfällig daran, daß die kanadischen Konjunkturzyklen bisher zeitlich völlig deckungsgleich mit denen der USA verliefen - allerdings auf einem höheren Niveau. Bei der Suche nach Gründen hierfür stößt man leicht auf folgenden Umstand: Fast 30 Prozent des Nationalprodukts ist vom Export abhängig und 75 Prozent hiervon vom Export in die USA.⁴ Diese starke wirtschaftliche Abhängigkeit von den USA ist teilweise geographisch bedingt. Beispielsweise wären westkanadische Waren in Ostkanada aufgrund von Transportkosten teurer als US-Produkte aus dem näheren Umkreis. Unter bestimmten Umständen erweist es sich auch als Nachteil, daß die Produktion und der Export von Rohstoffen (Erdgas, Erdöl, Kohle, Holz, Weizen) eine Bedeutung annehmen wie in kaum einem anderen westlichen hochindustrialisierten Land. Zwar spielt auch in Kanada die verarbeitende Industrie ökonomisch die Hauptrolle, in diesem Bereich wird jedoch mehr im- als exportiert. Die ökonomische Abhängigkeit von den USA zeigt sich auch darin, daß viele der exportierenden Firmen der verarbeitenden Industrie als Zulieferbetriebe in die Struktur der US-Industrie eingebettet sind und sich in US-Besitz befinden (branch plant economy). Wenn ein Viertel des Kapitals in Kanada unter ausländischer Kontrolle steht, dann ist das unter den entwickelten kapitalistischen Ländern ein einmalig hoher Anteil. Bei Betrachtung einzelner Sektoren sieht die Sache noch gravierender aus: Öl- und Gasindustrie, Bergbau und Hüttenindustrie sowie verarbeitende Industrie sind zu über 50 Prozent in ausländischem (überwiegend US-)Besitz.⁵

Gewerkschaftlicher Organisationsgrad

Wie in anderen Ländern gibt es auch in Kanada deutliche Unterschiede zwischen einer mehr aktiven oder mehr passiven, mehr positiven oder mehr negativen Haltung gegenüber den Gewerkschaften. 1984 waren ungefähr 37 Prozent aller Arbeitnehmer gewerkschaftlich organisiert.⁶ Laut einer vor kurzem gemachten Umfrage würden ungefähr weitere 25 Prozent der Arbeitnehmer einer Gewerkschaft beitreten, wenn eine solche an ihrem Arbeitsplatz präsent wäre, weitere 38 Prozent werden als nicht organisationswillig eingestuft.⁷

4 Vgl. OECD, Economic Surveys Canada -1985, S. 5.

5 Vgl. Canada Year Book 1980 -1981, S. 882.

6 Werden die 3,65 Mill. Gewerkschaftsmitglieder, unter denen auch mancher Arbeitslose ist, nicht auf die abhängig Erwerbstätigen, sondern auf die abhängigen Erwerbspersonen bezogen, ergibt sich eine Quote von gut 32 Prozent.

7 Vgl. H. Krahn und G. Löwe, Public Attitudes Towards Unions, unveröffentlichtes Manuskript, University of Alberta, 1983.

Schätzungen gehen dahin, daß ungefähr nur 10 bis 15 Prozent aller Gewerkschaftsmitglieder, das wären ungefähr 5 Prozent aller Arbeitnehmer, Gewerkschaftsversammlungen besuchen.⁸ Je nach Wirtschaftszweig gibt es deutliche Unterschiede im Organisationsgrad. Im öffentlichen Dienst, im Transport- und Kommunikationswesen, in der Bauindustrie sowie im Fischerei- und Jagdwesen beträgt er mehr als 50 Prozent, während die entsprechenden Zahlen für Handel, Finanzen und Versicherungen sowie für die Landwirtschaft sehr niedrig liegen. Bei der Interpretation dieser Zahlen muß man allerdings berücksichtigen, daß es fast ausschließlich entweder nichtorganisierte oder aber vollorganisierte Betriebe gibt; letztere als „closed shops“, das heißt Arbeitnehmer müssen vor Arbeitsaufnahme Gewerkschaftsmitglieder sein, als „union shops“, das heißt Arbeitnehmer müssen einige Zeit nach ihrer Einstellung der Gewerkschaft beitreten, oder als shops nach der „Rand Formel“, das heißt Nichtgewerkschaftsmitglieder müssen der Gewerkschaft Geld abtreten. Daraus folgt, daß auch in vielen Betrieben aus Sektoren mit niedrigem allgemeinen Organisationsgrad schlagkräftige Gewerkschaftsorganisationen bestehen. Dieses polarisierte Organisationsmuster erschwert die Verfolgung von übergreifenden Interessen aller Lohnabhängigen und begünstigt die Verfolgung von Partialinteressen. Darüber hinaus fördert die von manchen als Zwang empfundene Mitgliedschaft in den Gewerkschaften Ressentiments gegenüber jenen.

Frauen stellten 1966 lediglich 17 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder, inzwischen dagegen schon fast 35 Prozent. Dieser rapide Zuwachs ist vor allem Resultat der zunehmenden Organisierung im öffentlichen Dienst, im Transport- und Kommunikationswesen sowie in der Dienstleistungsindustrie. In den Leitungsgremien der Gewerkschaften sind Frauen aber nach wie vor unterrepräsentiert, wenngleich hier in letzter Zeit einiges in Bewegung geraten ist. Was die allgemeinen Organisationsgrade in den Provinzen angeht, so weisen British Columbia und Quebec überdurchschnittliche, die Prärieprovinzen dagegen unterdurchschnittliche Werte auf.

Organisatorische Zersplitterung⁹

Die kanadische Gewerkschaftsstruktur ist außerordentlich heterogen; manche Gewerkschaften sind noch nach dem Berufsprinzip organisiert, die Mehrheit jedoch nach dem Industrieprinzip. Folglich stellt sich mancherorts eine unnütze Konkurrenz zwischen mehreren Organisationen ein. Ungefähr 250 Gewerkschaftsorganisationen haben nur lokalen Charakter, während 128 Gewerkschaften als nationale klassifizierbar sind. Darüber hinaus gibt es in Kanada eine wohl in der ganzen Welt einmalige Konstruktion: sogenannte internationale Gewerkschaften. Diese Bezeichnung ist eine wohlwollende Umschreibung der Tatsache, daß in ihnen neben einer Majorität von Arbeitnehmern aus den USA auch Kanadier organisiert sind. Die Hauptverwal-

⁸ Vgl. G. Chaison, Unions, in: J. Anderson, Union-Management Relations in Canada, Don Mills, 1982, S. 166.

⁹ Vgl. G. Chaison, Unions, a. a. O.

tungen dieser Gewerkschaften - es sind ungefähr 80 - befinden sich durchwegs in den USA.

Gut drei Viertel aller kanadischen Gewerkschafter ist über die jeweilige Gewerkschaft in Gewerkschaftsföderationen zusammengeschlossen. Der CLC (Canadian Labour Congress) als die bei weitem größte Föderation (gut zwei Millionen Organisierte), der seit 1985 mit Shirley Carr zum erstenmal von einer Frau geleitet wird, setzt sich aus 69 internationalen, 22 nationalen und 107 lokalen Gewerkschaften zusammen. Die 1982 vom CLC abgespaltene CFL (Canadian Federation of Labour) und die hauptsächlich in Quebec vertretene CNTU (Confederation of National Trade Unions) haben je 200 000 Mitglieder. Daneben gibt es noch die eher konservativen Minibünde CSD und CCU (zusammen 95 000). Knapp eine Million Mitglieder, vorwiegend aus nationalen Gewerkschaften, sind keiner Föderation angeschlossen. Zu den Funktionen dieser Föderationen gehört die Koordinierung der Beziehungen zwischen den Einzelgewerkschaften, die Erbringung von Dienstleistungen (Schulungsprogramme, Forschung, Publikationen) und die Vertretung gegenüber dem Gesetzgeber, nicht jedoch die Führung von Tarif Verhandlungen.

Die 16 größten Gewerkschaften haben zwischen 300 000 und 50 000 Mitglieder. In mehr als zwei Drittel der nationalen und „internationalen“ Unions - von den lokalen ganz zu schweigen - sind jeweils weniger als 10 000 Mitglieder organisiert. Diese außerordentliche Zersplitterung hängt teilweise mit der stark dezentralisierten Struktur der Tarifverhandlungen zusammen. Bei höchstens 20 Prozent derjenigen Tarifabschlüsse, die Betriebe mit mehr als 500 Lohnabhängigen betreffen, ist jeweils mehr als ein Arbeitgeber beteiligt. Gut 30 Prozent aller Abschlüsse betreffen bloß einzelne Unternehmen und gar in nahezu 50 Prozent aller Fälle werden Tarifverhandlungen lediglich auf Betriebsebene geführt.¹⁰ Zu dieser zerklüfteten Tariflandschaft hat teilweise die Gesetzgebung beigetragen. Darüber hinaus setzt natürlich auch die Weite des Landes und die Vielfältigkeit regionaler Bedingungen einer weitgehenden Zentralisierung gewisse Grenzen. Auffällig ist jedoch, daß dort, wo eine gewisse Zentralisierung durch den Arbeitgeber vorgegeben ist, auch die Lohnabhängigen in größeren Organisationen zusammengeschlossen sind. Es ist kein Zufall, daß die drei größten Gewerkschaften mit je über 180 000 Mitgliedern zum Bereich des öffentlichen Dienstes gehören. Da gegenwärtig an eine landesweite Neustrukturierung der Gewerkschaftsbewegung nicht zu denken ist, sind Zusammenschlüsse von einzelnen Gewerkschaften wohl auf absehbare Zeit das einzige Mittel zur Überwindung der geschilderten Fragmentierung. In den letzten 30 Jahren kam es aber lediglich zu ungefähr 50 Zusammenschlüssen; angesichts der fast zehnfachen Zahl von Einzelgewerkschaften ist das nicht viel.

10 Vgl. Labour Canada, Collective Bargaining Review, 1966 -1977.

Zum Problem der „Internationalen“ Gewerkschaften

Das kanadische Gewerkschaftswesen wurde über die längste Zeit seiner Geschichte hinweg von den „internationalen“ Gewerkschaften dominiert. Diese stellten noch Mitte der sechziger Jahre den Löwenanteil (70 Prozent) aller Mitglieder. In den letzten 20 Jahren ging dieser Anteil vor allem im Gefolge des Aufbaus kanadischer Unions im öffentlichen Dienst auf ungefähr 40 Prozent zurück. Das Hauptproblem, das mit der Institution der „internationalen“ Gewerkschaften historisch gesehen jedenfalls bislang zusammenhängt, liegt in der mangelnden Autonomie des kanadischen Teils der Organisation. Oftmals verfolgte die US-Zentrale eine Politik, mit der der kanadische Teil sich nicht identifizieren konnte. Dies war beispielsweise der Fall, als sich amerikanische Gewerkschaftsführer bei der US-Regierung für Importrestriktionen gegenüber Waren aussprachen, die zum Teil auch kanadische Unternehmen und so indirekt die Arbeitsplätze der kanadischen Mitgliedschaft betrafen (Erörterungen der Hartke-Burtke Bill von 1972). Auch bei manchen Tarif Verhandlungen hat die Muttergewerkschaft der kanadischen Tochter das Konzept diktiert und sich dabei vor allem an den Interessen der US-Mitglieder orientiert. Die Diskussion der negativen Aspekte der Organisation in Gewerkschaften mit überwiegender US-Basis wurde durch den „Corporations and Labour Union Returns Act“ (CALURA) von 1962 beeinflusst, der von jeder Gewerkschaft die Offenlegung ihrer Finanzierungsströme fordert. Es zeigte sich, daß die kanadischen Mitglieder meist mehr Geld an die US-Mutter abführten als sie an Dienstleistungen dafür erhielten. Im Gefolge dieser Diskussion lösten sich einige kleinere kanadische Unterorganisationen von ihrer US-Mutter.

In einigen größeren Gewerkschaften, so auch in der größten Gewerkschaft des privaten Sektors, der International Union of United Automobile, Aerospace, and Agricultural Implement Workers of America (UAW), wurde zunächst nur die Autonomie des kanadischen Teils der Organisation verstärkt, ohne daß es zum Bruch mit der Mutterorganisation kam. Wie die jüngsten Entwicklungen zeigen, scheint dies nicht ausgereicht zu haben. 1985 konstituierte sich die UAW als nationale Gewerkschaft. Damit fiel der Mitgliederanteil der „internationalen“ Gewerkschaften an allen organisierten Kanadiern zu Beginn des Jahres 1986 auf ungefähr 35 Prozent zurück.¹¹

Der Wunsch nach mehr Autonomie wird jedoch nicht von allen Gewerkschaften geteilt. 1981 beispielsweise mußte der Gewerkschaftsbund CLC die Mitgliedschaft von zwölf eher konservativen Gewerkschaften mit US-Basis suspendieren, weil diese ihre Beiträge an den CLC nicht bezahlt hatten. Sie hofften so die CLC-Politik zugunsten größerer Autonomie sabotieren zu können. Alles in allem wäre es wohl auch falsch, die Rolle der „internationalen“ Gewerkschaften nur negativ zu sehen. Insofern sie nämlich in denjenigen Industrien stark vertreten sind, die durch die Ex- und Importstruktur

¹¹ Vgl. M. Gunderson/N. Meltz, Canadian unions achieve strong gains in membership, in: Monthly Labor Review, April 1986, S. 48.

und/oder durch die Besitzverhältnisse mit den USA verbunden sind (Forstwirtschaft, Bergbau und Ölindustrie, Automobilproduktion und so weiter), stellen sie prinzipiell zunächst einmal eine geeignete Form der Gegenorganisation gegenüber dem Kapital dar.

Tarifverhandlungen und Arbeitskämpfe

Der rechtliche Rahmen, der für Tarifverhandlungen durch den „Industrial Relations and Disputes Act“ von 1948 und ähnliche Bestimmungen auf Provinzebene geschaffen wurde, ist in einigen Punkten deutlich enger als Vergleichbares in der Bundesrepublik. Wie auch bei uns sind Arbeitskämpfe nur zur Verfolgung ökonomischer Interessen erlaubt. Der Personenkreis, dem das Streikrecht verwehrt ist, ist aber in manchen Provinzen fast auf den gesamten öffentlichen Dienst ausgedehnt. Aufgrund der langen Laufzeit der Tarifverträge (zwei bis drei Jahre) wiegt auch das Gebot der Friedenspflicht in Kanada besonders schwer. Interessengegensätze, die während dieser Zeit auftreten, müssen von einem staatlichen „arbitration board“ entschieden werden. Der Mechanismus der Verhandlungen selbst, samt eventuell anstehender freiwilliger beziehungsweise Zwangsschlichtung, während der übrigens die Friedenspflicht weiterbesteht, ist gesetzlich geregelt. Dies ist insofern von praktischem Gewicht, als zirka 40 Prozent aller abgeschlossenen Tarifverträge erst nach einer Schlichtung zustande kommen. Darüber hinaus sind die Regierungsinstanzen im Bund und auf Provinzebene so in den letzten zehn Jahren relativ schnell bei der Hand gewesen, einzelne Arbeitskämpfe per Gesetz zu beenden, wenn „Schaden für Gesundheit oder Eigentum“ entstand oder dies erwartet wurde.

Wenn die gesetzlichen Bestimmungen dazu dienen sollten, das Ausmaß der Arbeitskämpfe einzuschränken, können sie als ziemlich wirkungslos eingestuft werden. Die Zahl der jährlich beginnenden Arbeitskämpfe stieg von knapp 200 in den fünfziger Jahren über zirka 500 gegen Ende der sechziger Jahre auf knapp 1 000 seit 1974. Ungefähr ein Drittel davon sind inoffizielle (wildcat) Streiks. Im Durchschnitt der siebziger Jahre waren pro Jahr eine halbe Million Arbeitnehmer in Arbeitskämpfe verwickelt.¹² Da Arbeitskämpfe in Kanada mit einer Dauer von durchschnittlich 14 Tagen vergleichsweise außerordentlich lang ausfallen, wird im Jahresdurchschnitt pro Arbeitnehmer ein Arbeitstag „verloren“. Nach Italien mit 1,6 Tagen ist das der zweithöchste Wert im internationalen Vergleich.

Die hohe kanadische Streikintensität ist mit mehreren Faktoren in Verbindung zu bringen. Die große Anzahl der Streiks ist weitgehend durch die Partikularisierung der Gewerkschaften und des Tarif Systems verursacht. Für die außerordentliche Länge der Arbeitskämpfe dürfte zweierlei verantwortlich sein. Zum einen trägt die lange Laufzeit der Tarifverträge und die weitgehende Verrechtlichung aller Interessenkonflikte dazu bei, daß bei den einge-

¹² Vgl. Labour Canada, *Strikes and Lockouts in Canada*, 1984, S. 13.

schränkten offiziellen Streikgelegenheiten auch offiziell nicht verhandelbare, lang aufgestaute Probleme automatisch mit abgehandelt werden. Zum anderen spielt das traditionelle Kulturmilieu eine arbeitskampffördernde Rolle. Ein Großteil der Einwanderer - und wenn man die in erster Generation davon Abstammenden hinzuzählt, ist das die Mehrheit der Kanadierbestand aus Mitgliedern religiöser, politischer und sonstiger Sekten. Viele von ihnen haben in ihren Ursprungsländern den staatlichen Autoritäten getrotzt, letztendlich für ihre Überzeugung die Heimat verlassen und neue Lebenszusammenhänge in Kanada aufgebaut. Diese Tradition des „Nicht-Nachgebens“ erklärt ein wenig, daß gesellschaftliche Konflikte in Kanada generell sehr „verbissen“ und militant durchgefochten werden. Letzteres gilt auch für Arbeitskämpfe, obwohl Streikgeldzahlungen in Kanada bestenfalls symbolischen Charakter haben.

Gewerkschaften und arbeitnehmerorientierte Partei

Die Neue Demokratische Partei (NDP), die sich als sozialdemokratische Partei versteht, wurde 1961 von der sich auflösenden Vorgängerin, der Co-operative Commonwealth Federation, und dem Canadian Labour Congress ins Leben gerufen. Das Verhältnis von Gewerkschaften und NDP unterscheidet sich grundsätzlich etwa von dem des DGB zur SPD. Ganz nach britischem Vorbild sind nämlich einige kanadische Gewerkschaften der NDP assoziiert, das heißt sie führen Beiträge an die Partei ab und sind berechtigt, einen Teil der Parteitagdeligierten zu stellen. Einige Gewerkschaften sind jedoch parteipolitisch abstinent oder auch anderen Parteien zugeneigt. Seit 1965 steuert der CLC auch Fonds für Wahlkämpfe der NDP bei, aber erst seit den Wahlen von 1979 und 1980 kann von einer darüber hinausgehenden, das heißt etwa auch organisatorischen Unterstützung gesprochen werden. Allerdings konnte die NDP in keiner der bisherigen nationalen Wahlen die 20-Prozent-Marke überspringen. NDP und CLC schätzen, daß 75 Prozent der Gewerkschafter nicht die NDP wählen.¹³ Sie wählen vielmehr die zwei großen, seit dem zweiten Weltkrieg abwechselnd regierenden und sich nicht stark unterscheidenden Volksparteien der „Liberalen“ und der „Progressiv-Konservativen“, oder aber überhaupt nicht. Die Lücke, die sich bei den Gewerkschaftsmitgliedern zwischen einerseits gewerkschaftlichem und andererseits wahlpolitischem Engagement für die sozialdemokratische Partei auftut, ist also deutlich größer als in der Bundesrepublik, wo bislang die Mehrheit der DGB-Mitglieder SPD wählte.

Veränderte Kampfbedingungen in den achtziger Jahren

Waren die wirtschaftlichen Höhenflüge Kanadas rasanter als in den meisten anderen entwickelten Ländern, so fiel auch der Sturz in die Weltwirtschaftskrise 1982 besonders hart aus, wie die Rückgänge des Bruttosozialpro-

¹³ Vgl. W. Young, *The New Democratic Party*, in: H. Penniman (Hrsg.), *Canada at the Poles, 1979 and 1980*, Washington and London, 1981, S. 203.

dukts um 4,4 Prozent, der industriellen Produktion um elf Prozent, der Kapazitätsauslastungen in einzelnen Sektoren bis auf unter 50 Prozent (so in der Stahlerzeugung) und der ausgewiesenen Profite auf Gesellschaftskapital um 33 Prozent sowie der drastische Anstieg der offiziellen Arbeitslosenquote auf elf Prozent belegen. In den letzten Jahren hat sich für das Kapital zwar wieder ein Aufschwung eingestellt, die Arbeitslosen haben hiervon jedoch nichts gehabt. Die Lohnabhängigen schließlich, die 1982 zum erstenmal seit langer Zeit Reallohn einbußen hinnehmen mußten, erfuhren auch 1983 und 1984 eine weitere Absenkung ihres Lebensstandards.¹⁴

Die schwere ökonomische Krise ging an der Gewerkschaftsbewegung nicht spurlos vorüber. 1982 entpuppte sich als ein Jahr, in dem zum erstenmal in der kanadischen Nachkriegsgeschichte die Mitgliederzahlen leicht rückläufig waren. Insbesondere für die in der Privatwirtschaft operierenden Unions hatte die Krise oftmals verheerende Folgen. Zehn bis zwanzig Prozent Mitgliederverluste binnen eines Jahres, Millionendefizite in den Kassen und Entlassungen von Gewerkschaftspersonal blieben nicht auf Einzelfälle beschränkt. Nur die Expansion der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes sorgte für einen gewissen Ausgleich und schließlich auch dafür, daß die Gesamtmitgliederzahl im Laufe des Jahres 1983 wieder stieg. Der Umfang der Arbeitskämpfe nahm nicht unmittelbar im Gefolge der Krise ab. Mit einiger Verzögerung machte sich jedoch auch hier die schwache ökonomische Position der Lohnabhängigen bemerkbar, zumal der Staat zunehmend mit einer antigerwerkschaftlichen Stoßrichtung in Arbeitskämpfe intervenierte. Es hat vielleicht doch mehr als nur symbolischen Charakter, daß das Streikrecht in die Liste der fundamentalen Rechte der neuen Verfassung von 1982 nicht aufgenommen worden ist. Daß der CLC es übrigens versäumt hat, sich für diese Aufnahme stark zu machen, ist ein Kapitel für sich, allerdings ein ziemlich trauriges.¹⁵ Durch den überwältigenden Sieg der „progressiv-konservativen Partei“ - in Kurzform wohl zu Recht „die Konservativen“ genannt - bei der Bundeswahl 1984 haben sich die politischen Bedingungen nicht zugunsten der Gewerkschaften verändert. Dennoch, von einem wirklich nachhaltigen Rückschlag der Gewerkschaftsbewegung kann nicht gesprochen werden. Mit den erschwerten Kampfbedingungen, die eine hohe strukturelle Arbeitslosigkeit, eine außerordentlich hohe Staatsverschuldung und eine konservative Regierung darstellen, werden die kanadischen Gewerkschaften aber noch einige Zeit zu tun haben.

14 Vgl. OECD, *Economic Surveys Canada-1985*, S. 14.

15 Vgl. L. Panitch/D. Swartz, *Towards Permanent Exceptionalism: Coercion and Consent in Canadian Industrial Relations*, in: *Labour*, Vol. 13 (1984), S. 154.